

Pressespiegel vom 08.02.2012

Sächsische Zeitung

So bereitet sich Dresden auf den 13. Februar vor

Dresden gedenkt am 13. Februar seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Eine Menschenkette soll das Zentrum umgeben, als Symbol gegen Gewalt. Fünf Tage später sind die Dresdner zum Protest gegen Rechtsextremismus aufgerufen - auch ohne Neonazi-Aufmarsch.

Dresden. Im Gedenken an ihre Zerstörung im Februar 1945 will die Stadt Dresden am kommenden Montag und am 18. Februar erneut sichtbare Signale gegen Krieg, Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Bei der geplanten Menschenkette um die Innenstadt am 13. Februar sollen Tausende für ein paar Minuten innehalten, sagte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und Sprecher der städtischen Arbeitsgruppe „13. Februar“, Frank Richter, am Mittwoch. „Wer sich anschickt, Anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Eine Botschaft aus der Elbestadt an diesem Tag heiße in Erinnerung an den Herbst 1989 „Keine Gewalt!“.

Postkartenaktion der Landeskirche

Mit einer Postkarten-Aktion will die evangelische Landeskirche daran erinnern, dass der Zweite Weltkrieg von Deutschland ausging. Die Karten mit Ansichten der von Deutschen 1939 und 1940 zerstörten Städte Warschau und Rotterdam sollen von Teilnehmern der Menschenkette unterzeichnet und später gesammelt an die beiden Städte geschickt werden. Sie enthalten die Verpflichtung, alles dafür zu tun, „dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgeht und die Schrecken des Nationalsozialismus sich nicht wiederholen“.

Einschränkungen am 13. Februar

Die Polizei bereitet für den 13. Februar einen Großeinsatz vor. Nach bisherigen Planungen wird vor allem der Stadtteil "Wilsdruffer Vorstadt", insbesondere auf dem 26er-Ring zwischen Wiener Straße und Schweriner Straße, wegen umfangreichem Demonstrationsgeschehen von dem Einsatz betroffen sein, teilte die Stadt am Mittwoch mit. In diesem sogenannten "Kerneinsatzbereich" seien die meisten Absperrungen, Kontrollen und Einschränkungen möglich. Darüber soll es ab dem Nachmittag weitere Sperrungen in der Innenstadt geben. Wie es hieß, soll der Straßenverkehr während der geplanten Menschenkette zwischen 18 Uhr und 18.15 Uhr in der Innenstadt kurzzeitig zum Erliegen kommen. 120 Polizisten seien derzeit allein zur Verkehrsregulierung eingeplant.

Farbe bekennen am 18. Februar

Ungeachtet dessen, dass derzeit kein Neonazi-Aufmarsch für den 18. Februar angemeldet ist, will die AG an der Veranstaltung „Mut, Respekt und Toleranz“ festhalten. „Die Situation kann sich noch ändern“, sagte Richter. Ein breites gesellschaftliches Bündnis solle Farbe bekennen, sagte der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Um die Vielfalt der Stadt sichtbar werden zu lassen, sollten Gartenzäune, Autoantennen oder Fenster mit farbigen Tüchern und

Bändern versehen werden, sagte Richter. „Wir wollen, dass auch die Menschen selbst mit Fantasie Farbe zeigen.“

Keine Nazidemo-Anmeldung für das Wochenende

Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen haben das Gedenken in Dresden in der Vergangenheit immer wieder überschattet. Mit Blockaden verhinderten tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Auch diesmal gibt es Blockadeaufrufe und daher die Furcht vor neuen Gewaltausbrüchen. Für den 13. Februar liegt eine Demonstrationsanmeldung von Rechtsextremen vor, eine Anmeldung für den 18. Februar nahmen sie vor wenigen Tagen zurück. Aktionen können noch bis zu 48 Stunden vorher angemeldet werden.

Virtuelle Menschenkette auf Facebook

Die Landeshauptstadt informiert auf ihrer offiziellen Facebook-Seite über die geplanten friedlichen Aktionen. Dort können sich Nutzer auch wieder in eine virtuelle Menschenkette einreihen. Die Facebook-Kampagne gab es erstmals im vergangenen Jahr: 703 Personen reihten sich 2011 in die virtuelle Menschenkette ein, 1.800 Nutzer fanden die Aktion gut und 625.000 Mal wurden die Seiten aufgerufen.

Aktionsbündnis ruft weiter zu Blockaden auf

Das Bündnis "Dresden Nazifrei", das nicht der Arbeitsgruppe "13. Februar" angehört, ruft seit Wochen dazu auf, Demonstration der Rechten zu verhindern - auch mit zumindest juristisch umstrittenen Blockaden. Mit dabei sind zahlreiche prominente Unterstützer. In einem Videoclip riefen Ende Januar 18 Bundestagsabgeordnete dazu auf, die Demonstrationen der Nazis friedlich zu blockieren. Darunter sind Wolfgang Thierse (SPD), Hans-Christian Ströbele (Bündnis90/Die Grünen) und Petra Pau (Linke). (szo/dpa)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2983073>

„Es geht nicht nur um die Opferrolle“

Zur Menschenkette am 13. Februar rufen viele Dresdner auf. Auch Phung Hang Thanh, die sich in Sachsen für Ausländer engagiert.

Unzählige Dresdner reihen sich am 13. Februar in die Menschenkette ein. Um an die Vergangenheit zu erinnern und ein Zeichen gegen den Missbrauch des Gedenkens zu setzen. Mit dabei ist auch Phung Hang Thanh (49), Mitarbeiterin des sächsischen Ausländerbeauftragten.

Frau Phung, Sie werden sich am 13. Februar in die Menschenkette einreihen. Warum?

Ich möchte damit zeigen, dass ich diese Stadt lieben gelernt habe, obwohl ich nicht hier geboren wurde. Diese Form des gemeinsamen Gedenkens zeigt, dass wir alle das Leid derer teilen wollen, die hier 1945 vom Tod heimgesucht wurden. Dafür

sollen möglichst viele Leute zusammenkommen – um in der Menschenkette den Frieden und das Leben zu feiern.

Wie haben Sie das Ereignis in den vergangenen Jahren erlebt?

Zu DDR-Zeiten war das eine sehr ernste und traurige Veranstaltung, zugleich ein politisches Ereignis. Ich hatte allerdings nur wenig Bezug zur Oppositionsbewegung. Später habe ich mich nicht auf die Straße gewagt, weil Nazis unterwegs waren. Zur Menschenkette bin ich erst 2011 gekommen. Das war ein faszinierendes Erlebnis.

Überrascht Sie die intensive Auseinandersetzung in Dresden?

Ich bin in Hanoi aufgewachsen, ein stark vom Krieg gebeuteltes Land. In meiner Kindheit habe ich die amerikanischen Bomben erlebt. Dennoch haben wir eine ganz andere Erinnerungskultur. Es geht dabei nicht nur um die Opferrolle, wie lange Zeit in Dresden, sondern es ist viel zukunftsgerichtet. Mit der Menschenkette verschiebt sich der Fokus zum Glück etwas.

Welche Form sollte das Gedenken in Dresden finden?

Was ich vermisse, ist das Gedenken an die Opfer. Die Dresdner bewegt oft mehr der Schmerz um die verlorenen historischen Bauten. Auch für Hass und jegliche Instrumentalisierung sollte an diesem Tag kein Platz sein. Es muss mehr Raum geben für Veranstaltungen, in denen das traurige Ereignis in Dresden mit Gewalt und Krieg in anderen Teilen der Welt verglichen wird. Es hilft vielleicht, die eigene Sicht und den Schmerz zu relativieren, die eigene Verantwortung zu erkennen.

Interview: Franziska Dähn

In Dresden hat der Verkauf der Weißen Rosen begonnen, unter anderem in den Dresdner SZ-Treffpunkten. Die Weiße Rose kostet zwei Euro, 75 Cent davon gehen an die Stiftung Toleranz.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Es_geht_nicht_nur_um_die_Opferrolle/articleid-2982629

Polizei bereitet Großeinsatz vor

Erneut müssen Tausende Polizisten einen Nazi-Aufzug und Gegendemonstrationen voneinander trennen. Schwerpunkt des Einsatzes wird die Wilsdruffer Vorstadt sein.

Dresden. Die Dresdner Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz am 13. Februar vor. Für den 67. Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg sind ein Neonazi-Aufzug sowie mehrere Protestdemonstrationen angemeldet. Nach derzeitigem Stand werden bis zu 2000 Rechtsextremisten und bis zu 3000 Teilnehmer an Gegenaktionen erwartet, sagte ein Polizeisprecher am Mittwoch.

Einsatzfokus Wilsdruffer Vorstadt

Im Unterschied zu vergangenen Jahren werden die Lager nicht weiträumig durch die Elbe getrennt. „Das wird sich alles auf engerem Raum abspielen.“ Kernbereich ist die

Wilsdruffer Vorstadt, wo es Absperrungen, Einschränkungen und Kontrollen geben wird. Konkret geht es dabei um das Teilstück des 26er-Ringes zwischen Wiener Straße und Schweriner Straße, also zwischen Hauptbahnhof und dem Bahnhof Dresden-Mitte.

4.500 Polizisten

Rund 4.500 Beamte aus Sachsen und anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei sind im Einsatz. „Auftrag bleibt, dass wir allen die Durchsetzung des Versammlungsrechts ermöglichen müssen“, erklärte der Polizeisprecher.

Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen überschatten seit Jahren den Gedenktag. Mit Blockaden verhinderten tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Auch diesmal gibt es Blockadeaufrufe und daher die Furcht vor neuen Gewaltausbrüchen. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Polizei_bereitet_Grosseinsatz_vor/articleid-2983082

Vizepräsidentin Pau darf in Dresden nicht in den Landtag

Dresden. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) darf am 13. Februar nicht den sächsischen Landtag betreten. „Es ist wohl ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parlamentsgeschichte, dass ein Landtagspräsident einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages de facto Hausverbot erteilt“, sagte Linken-Fraktionschef André Hahn am Mittwoch. Hintergrund ist eine Regelung, wonach der Landtag zum Tag des Gedenkens an die Zerstörung Dresdens 1945 nicht für politische Manifestationen dienen soll. Allerdings hatten die Linken Pau nur zu einer Arbeitsberatung eingeladen.

„Für mich ist das Amtsmissbrauch für politische Zwecke“, erklärte Hahn. Man habe mit Pau über den geplanten Untersuchungsausschuss des Landtages zur Zwickauer Neonazi-Terrorzelle sprechen wollen. Die Bundestagsvizepräsidentin sitzt für die Linke im entsprechenden U-Ausschuss des Bundestages. Hahn sprach von einer „simplen Arbeitsberatung“ und einem völlig normalen Prozedere. Nun will er Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) in dieser Angelegenheit noch einmal einen Brief schreiben. Aus dem Landtagspräsidium war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Hahn kritisierte auch die Begründung für die Ablehnung der Bitte, Pau in den Landtag einzulassen. Landtagsdirektor Christopher Metz hatte in seinem Schreiben vom Mittwoch darauf verwiesen, dass auch ein Antrag eines französischen Senders abgelehnt worden sei, der den Fraktionschef der rechtsextremen NPD im Landtag, Holger Apfel, im Parlamentsgebäude interviewen wollte. Hahn nannte die Begründung „eine Zumutung gegenüber Petra Pau“. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Vizepraesidentin_Pau_darf_in_Dresden_nicht_in_de_n_Landtag/articleid-2983081

Dresdner Neueste Nachrichten

Nazi-Demo am 13. Februar in Dresden voraussichtlich zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Mitte

sl

Dresden. Der rechtsextreme Fackelmarsch am 13. Februar in Dresden wird voraussichtlich zwischen Bahnhof Mitte und Hauptbahnhof ablaufen. Wie Polizei und Stadt am Mittwoch mitteilten, sei vor allem der 26er-Ring zwischen Wiener Straße und Schweriner Straße betroffen. In diesem sogenannten „Kerneinsatzbereich“, der die Könneritz- und die Ammonstraße betrifft, werde es die meisten Absperrungen, Kontrollen und Einschränkungen geben.

Darüber hinaus werde es ab dem Nachmittag weitere Sperrungen in der Dresdner Innenstadt geben. Teilnehmer an der Menschenkette und anderen Veranstaltungen werden daher gebeten, längere Fahrtzeiten einzuplanen. So wird der Fahrverkehr in der Innenstadt während der Dresdner Menschenkette zwischen 18 Uhr und 18.15 Uhr kurzzeitig zum Erliegen kommen.

Wo genau der Demonstrationzug am Abend des 13. Februar entlangführt, ist noch nicht klar. Laut Polizei habe die Erfahrung der vergangenen Jahre gezeigt, dass eine abschließende Prognose von möglichen Einsatzschwerpunkten nicht möglich ist, da der Verlauf von spontanen Protesten nicht absehbar sei.

Zuvor hatten bereits die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Friedel und Harald Lamprecht von der evangelischen Landeskirche [eine Demo gegen den Aufmarsch angemeldet](#), ohne zu wissen, für welchen Ort. Sie hatten daher „einen Protest in Hör- und Sichtweite“ angemeldet. Wo genau das dann sein wird, konnte Friedel am Mittwochmittag allerdings selbst noch nicht sagen.

© DNN-Online, 08.02.2012, 13:38 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/Nazi-Demo-am-13-Februar-in-Dresden-voraussichtlich-zwischen-Hauptbahnhof-und-Bahnhof-Mitte-175582725>

19. Februar 2011 in Dresden: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Grünen-Abgeordnete Eva Jähnigen

sl

Dresden. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat die nächste Abgeordnete wegen der Blockaden vom 19. Februar 2011 ins Visier genommen. Wie die Grünen-Landtagsfraktion am Dienstag mitteilte, ermittelt die Behörde nun auch gegen die Grünen-Abgeordnete Eva Jähnigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Jähnigen gibt zwar zu, vor Ort gewesen zu sein, sagt allerdings, sie sei als Polizeibeobachterin im Einsatz gewesen. Sie selbst will sich am Freitag zu den Vorwürfen äußern.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits gegen mehrere Politiker der Linken. So droht unter anderem den Bundestagsabgeordneten Michael Leutert und Caren Lay, die

Aberkennung ihrer Immunität. Auch wegen der Blockaden von 2010 wird noch ermittelt, unter anderem gegen die Linken-Politiker André Hahn, Bodo Ramelow (Thüringen) sowie Janine Wissler und Willi van Ooyen (Hessen).

© DNN-Online, 07.02.2012, 16:59 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/19-Februar-2011-in-Dresden-Staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-Gruenen-Abgeordnete-Eva-Jaehnigen-2272808500>

AG 13. Februar plant Postkartenaktion zur Menschenkette in Dresden

sl

Dresden. Mit einer großen Postkartenaktion will die Arbeitsgemeinschaft (AG) 13. Februar in Dresden am Montag nicht nur der Bombentoten in der Stadt, sondern auch der Opfer deutscher Luftangriffe in anderen Städten gedenken. Die AG will Karten verteilen, die an die Rathäuser in Warschau und Rotterdam adressiert sind. Sie zeigen Motive der 1939 und 1940 durch deutsche Luftangriffe zerstörten Städte und tragen die Schriftzüge „Warum?“ und „Nie wieder Nationalsozialismus!“ in deutsch und der jeweiligen Landessprache.

Auf den Rückseiten der Karten findet sich folgender Text: „Heute, am 13. Februar, gedenken tausende Dresdner der Zerstörung ihrer Stadt im Jahr 1945. Dabei erinnern wir uns an das Leid und die Zerstörung, die von Deutschland über viele andere Städte in Europa gebracht wurden. Wir wollen alles in unserer Macht stehende dafür tun, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgeht und die Schrecken des Nationalsozialismus sich nicht wiederholen.“

Die Karten sollen zur Menschenkette verteilt werden und können von den Teilnehmern unterschrieben an die Ordner übergeben werden. Die AG will dann für eine Übermittlung an die jeweiligen Rathäuser sorgen.

Zudem hält die AG an ihrer Großkundgebung am 18. Februar fest - auch wenn für diesen Tag aktuell keine Nazi-Demo angemeldet ist. „Wir wollen das ‚Farbe bekennen‘ in unserem Motto wirklich sichtbar machen“, so Moderator Frank Richter. Daher sollen alle Dresdner in bunter Kleidung zum Schloßplatz kommen. Zudem sollen die Dresdner ihre Stadt am 18. Februar über den Schloßplatz und den geplanten Demonstrationzug hinaus bunt machen, etwa mit farbigen Bändern und Tüchern an Gartenzäunen, Autoantennen und in Fenstern.

© DNN-Online, 08.02.2012, 13:00 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/AG-13-Februar-plant-Postkartenaktion-zur-Menschenkette-in-Dresden-2048776842>

Dresden will am 13. Februar ein Signal gegen Rechtsextremismus und Gewalt setzen

dpa / sl

Dresden. Im Gedenken an ihre Zerstörung im Februar 1945 will die Stadt Dresden am kommenden Montag und am 18. Februar erneut sichtbare Signale gegen Krieg, Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Bei der geplanten Menschenkette um die

Innenstadt am 13. Februar sollen Tausende für ein paar Minuten innehalten, sagte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und Sprecher der städtischen Arbeitsgruppe „13. Februar“, Frank Richter, am Mittwoch. „Wer sich anschickt, anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Eine Botschaft aus der Elbestadt an diesem Tag heiÙe in Erinnerung an den Herbst 1989 „Keine Gewalt!“. Zudem soll es auf der Facebook-Seite der Stadt eine „virtuelle Menschenkette“ geben.

Postkarten-Aktion der Landeskirche

Mit einer [Postkarten-Aktion](#) will die evangelische Landeskirche daran erinnern, dass der Zweite Weltkrieg von Deutschland ausging. Die Karten mit Ansichten der von Deutschen 1939 und 1940 zerstörten Städte Warschau und Rotterdam sollen von Teilnehmern der Menschenkette unterzeichnet und später gesammelt an die beiden Städte geschickt werden. Sie enthalten die Verpflichtung, alles dafür zu tun, „dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgeht und die Schrecken des Nationalsozialismus sich nicht wiederholen“.

Ab 18.30 Uhr sollen auf dem Neumarkt vor der Frauenkirche zudem [10.000 Kerzen](#) leuchten. In mehreren anderen Kirchen der Stadt sind für den Abend Gebete geplant. Bereits für 13 Uhr will das Bündnis Dresden-Nazifrei mit einem [Mahngang](#) an die NS-Vergangenheit in der Stadt erinnern.

Kundgebung am 18. Februar findet statt

Ungeachtet dessen, dass derzeit kein Neonazi-Aufmarsch für den 18. Februar angemeldet ist, will die AG an der Veranstaltung „Mut, Respekt und Toleranz“ festhalten. „Die Situation kann sich noch ändern“, sagte Richter. Ein breites gesellschaftliches Bündnis solle Farbe bekennen, sagte der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Um die Vielfalt der Stadt sichtbar werden zu lassen, sollten Gartenzäune, Autoantennen oder Fenster mit farbigen Tüchern und Bändern versehen werden, sagte Richter. „Wir wollen, dass auch die Menschen selbst mit Fantasie Farbe zeigen.“

Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen haben das Gedenken in Dresden in der Vergangenheit immer wieder überschattet. Mit Blockaden verhinderten Tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden.

13. Februar: 2000 Nazis und 3000 Gegendemonstranten erwartet

Auch diesmal haben Rechtsextreme einen „Fackelmarsch“ angemeldet - wieder gibt es [Blockadeaufrufe](#). Wo genau der Zug der Rechtsextremen entlangführen soll, gibt die Stadt Dresden nicht bekannt. Der „Kerneinsatzbereich“ liege auf dem 26er-Ring zwischen Schweriner und Wiener Straße. Nach derzeitigem Stand werden bis zu 2000 Rechtsextremisten und bis zu 3000 Gegendemonstranten erwartet, sagte ein Polizeisprecher. Im Unterschied zu vergangenen Jahren werden die Lager nicht weiträumig durch die Elbe getrennt. „Das wird sich alles auf engerem Raum abspielen.“

Rund [4500 Beamte](#) aus Sachsen und anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei sind im Einsatz. „Auftrag bleibt, dass wir allen die Durchsetzung des Versammlungsrechts ermöglichen müssen“, erklärte der Polizeisprecher.

© DNN-Online, 08.02.2012, 16:47 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Dresden-will-am-13-Februar-ein-Signal-gegen-Rechtsextremismus-und-Gewalt-setzen-882779770>

13. Februar in Dresden: Sabine Friedel und Harald Lamprecht melden Demo gegen Nazi-Aufmarsch an

sl

Dresden. Für den Abend des 13. Februar wurde jetzt eine offizielle Demo gegen den erwarteten Fackelmarsch der Rechtsextremen angemeldet. „Wir haben einen Protest in Hör- und Sichtweite angemeldet“, bestätigte die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Friedel gegenüber DNN-Online, die zusammen mit Harald Lamprecht von der evangelischen Landeskirche als Verantwortliche für die Demo auftritt.

Anliegen sei, den erwarteten Protest gegen die Nazis zu ordnen. „Wir wissen, dass nach der Menschenkette nicht alle Menschen nach Hause gehen werden“, so Friedel. Losgehen soll die Protestkundgebung um 18.30 Uhr. Wo sie stattfindet, steht jedoch noch nicht fest. „Wir wissen noch nicht wo“, gibt die Dresdner Politikerin zu.

Denn der Ort des Nazi-Aufmarsches ist bisher vom Ordnungsamt der Stadt Dresden nicht veröffentlicht worden. Dies soll am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz der AG 13. Februar geschehen. Die Stadtverwaltung wollte sich auf Anfrage vor Beginn der Pressekonferenz nicht zum Ort der Rechten-Demo äußern.

© DNN-Online, 08.02.2012, 12:33 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/13-Februar-in-Dresden-Sabine-Friedel-und-Harald-Lamprecht-melden-Demo-gegen-Nazi-Aufmarsch-an-325852996>

Dresden: Keine feste Regelung zu eventuellem Wasserwerfer-Einsatz am 13. Februar

Jane Jannke

Dresden. Auch in diesem Jahr könnte es am 13. Februar im Falle einer Eskalation der Proteste gegen den geplanten Neonaziaufmarsch zum Einsatz von Wasserwerfern kommen - trotz der derzeit herrschenden eisigen Temperaturen. Eine witterungsgebundene Richtlinie für den Gebrauch von Wasserwerfern gibt es nicht.

„Es gibt keine allgemeingültigen Festlegungen oder Vorschriften, die den Einsatz von Wasserwerfern bei Minustemperaturen regeln“, erklärte Frank Wend, Sprecher des sächsischen Innenministeriums, auf Anfrage von DNN-Online. „Ob ein solcher erfolgt, entscheidet immer der Polizeiführer in Abhängigkeit von der Einsatztaktik und den äußeren Bedingungen.“ Und auch in der bundesweit gültigen Polizeidienstvorschrift 122 zum Gebrauch von Wasserwerfern und Wasserarmaturen steht zum Thema Witterung lediglich: „Aussentemperaturen unter dem Gefrierpunkt können den Einsatz des Wasserwerfers beeinträchtigen.“ Das bedeutet, dass die Entscheidung, ob im Falle von Ausschreitungen in Dresden am Montag

Wasserwerfer zum Einsatz kommen, beim Dresdner Polizei-Chef und Einsatzleiter Dieter Kroll liegt.

Die ohne Frage hochwinterlichen äußeren Bedingungen im vergangenen Jahr hatten augenscheinlich nicht dazu geführt, vom Gebrauch von Wasserwerfern abzusehen. Deren Einsatz gegen Demonstranten des linken Spektrums sorgte damals für Empörung.

Auch bei einer Studenten-Demo in Frankfurt am Main im Dezember 2010 setzte die Polizei trotz Temperaturen unter dem Gefrierpunkt Wasserwerfer ein. Auf eine Anfrage der Linken im hessischen Landtag zur Frage der Verantwortbarkeit des damit einhergehenden Gesundheitsrisikos hieß es damals aus dem hessischen Innenministerium, dass keine erhöhte Gesundheitsgefahr bestehe, die Demonstranten jedoch „nach dem Kontakt mit dem Medium Wasser mit den bekannten Reaktionen des Wassers bei Minusgraden (z.B. Gefrieren von Bekleidung, erhöhte Gefahr von einer körperlichen Unterkühlung usw.) rechnen" müssten. Zwar sind die Räumfahrzeuge heute mit Heizsystemen ausgestattet, die ein Einfrieren der Leitungen verhindern sollen, die Auswirkungen nasser Kleidung bei Temperaturen von erwarteten -2 bis -9 Grad bleiben davon jedoch unberührt.

Friederike Schmidt vom Deutschen Roten Kreuz empfiehlt daher bereits für solche Fälle: „Um sich vor Verkühlungen zu schützen, sollte Regenkleidung getragen werden, die keine Nässe speichert." Außerdem sollte die Kleidung warm sein, heiße Getränke mitgeführt und auf Anzeichen von Unterkühlungen wie Zittern und Frieren geachtet werden. „In diesem Fall müssen die Betroffenen unbedingt ins Warme", so Schmidt.

© DNN-Online, 08.02.2012, 08:52 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Dresden-Keine-feste-Regelung-zu-eventuellem-Wasserwerfer-Einsatz-am-13-Februar-3247412440>

Richter: Auch nach NPD-Verbot bleiben Neonazi-Aufmärsche möglich

Von Andreas Hummel, dpa

Gera/Dresden. Der Präsident des Verwaltungsgerichts Gera, Michael Obhues, hat vor überzogenen Erwartungen an ein Verbot der rechtsextremen NPD gewarnt. Das Versammlungsrecht gelte für Parteien und Privatpersonen gleichermaßen, sagte Obhues im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa. „Es ist eine Illusion, wenn man meint, durch das Verbot einer Partei könnte man rechtsextreme Demonstrationen auf den Straßen verhindern." Wenn die NPD verboten wäre, könnte sie zwar selbst keine solchen Veranstaltungen mehr anmelden und abhalten, wohl aber Rechtsextreme als Privatpersonen.

Am kommenden Montag wollen Rechtsextreme den Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg abermals für eine Demonstration in der Elbestadt mit schätzungsweise 1000 bis 2000 Teilnehmern nutzen. Anmelder ist allerdings nicht die NPD. In den letzten beiden Jahren hatten tausende Gegendemonstranten mit Blockaden verhindert, dass die Rechtsextremen durch die Dresdner Innenstadt marschierten. In Thüringen sorgen Rechtsextreme mit Veranstaltungen unter dem Titel „Fest der Völker" oder „Rock für Deutschland" immer wieder für Aufsehen und

Proteste.

Inzwischen lotet eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Chancen für ein NPD-Verbotsverfahren aus. Auftrieb haben Befürworter vor allem seit Bekanntwerden der Mordserie des in Jena aufgewachsenen Trios Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bekommen. Ein Verbot der NPD würde zwar einen Verlust des Parteienprivilegs bedeuten, dass sie etwa an der staatlichen Parteienfinanzierung teilhaben lasse, sagte Obhues. Es würde sich aber kaum auf die Möglichkeit für die Rechtsextremen auswirken, Versammlungen abzuhalten.

Das gelte nicht nur für Demonstrationen auf offener Straße. In der Vergangenheit konnte sich die NPD immer wieder in öffentliche Gebäude einklagen, wenn diese zuvor von anderen Parteien genutzt worden waren. Mit einem Verbot entfiele das zwar. Aber: „Jeder Bürger einer Gemeinde hat das Recht, innerhalb des gesetzten Widmungszweckes eine Einrichtung der Gemeinde zu nutzen.“ Etwa für Musikveranstaltungen aber auch für politische Zwecke. Auch Menschen, die nicht Einwohner der Stadt sind, könnten Ansprüche erheben, wenn das Gebäude zuvor schon anderen Nicht-Einwohnern zur Verfügung gestellt wurde. Hier gelte der Gleichheitsgrundsatz, erläuterte der Verwaltungsrichter.

© DNN-Online, 08.02.2012, 12:26 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Richter-Auch-nach-NPD-Verbot-bleiben-Neonazi-Aufmaersche-moeglich-1684746194>

BILD, Ausgabe Dresden

Bundestags-Vizepräsidentin Pau darf in Dresden nicht in den Landtag

Mittwoch, 08. Februar 2012, 16:58 Uhr

Dresden (dpa/sn) - Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) darf am 13. Februar nicht den sächsischen Landtag betreten. «Es ist wohl ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parlamentsgeschichte, dass ein Landtagspräsident einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages de facto Hausverbot erteilt», sagte Linken-Fraktionschef André Hahn am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. Hintergrund ist eine Regelung, wonach der Landtag zum Tag des Gedenkens an die Zerstörung Dresdens 1945 nicht für politische Manifestationen dienen soll. Allerdings hatten die Linken Pau nur zu einer Arbeitsberatung eingeladen.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/bundestagsvizepraesidentin-pau-darf-in-dresden-22532720.bild.html>

Mitteldeutscher Rundfunk

Erhebung von Mobilfunkdaten: Dresdner Polizei informiert nur schleppend über Erfassung von Handydaten

Auch ein Jahr nach den massenhaften Erhebungen von Mobilfunkdaten durch die sächsische Polizei in Dresden sind nach MDR-Recherchen die meisten Betroffenen noch nicht darüber informiert worden, warum und in welchem Umfang Ihre Daten gesammelt und ausgewertet wurden.

Datenschützer sieht Behörden in der Pflicht

So moniert der rechtspolitische Sprecher der Linken im sächsischen Landtag, Klaus Bartl, dass er sich am 13. Februar 2011 im Demonstrationzug befunden habe. Jedoch habe er bis heute keinen Bescheid über die Erfassung und Verwendung seiner Handy-Daten erhalten. Bartl warf der sächsischen Justiz und der Staatsregierung vor, sie bauten alle möglichen Hürden auf, um die gesetzlichen Informationspflichten gegenüber den Betroffenen zu umgehen oder zu verzögern.

Auch Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig bestätigt die schleppende Aufklärung durch die Staatsanwaltschaft und nimmt die Behörden in die Pflicht. Er erwarte von der Staatsanwaltschaft, dass sie Vorbereitungen trifft, um die Benachrichtigungen durchzuführen. Es sei bald ein Jahr seit den Funkzellenabfragen vergangen und es werde jetzt Zeit, dass bei den Benachrichtigungen etwas durch die pflichtigen Behörden passiere. Nach Ansicht Schurigs besteht eine Benachrichtigungspflicht der Behörden. Diese unterscheide von der Auskunft nach einem Antrag des Betroffenen.

Betroffene werden nur auf Anfrage informiert

Während der Demonstrationen am 13. und 18./19. Februar 2011 in Dresden hatte das sächsische Landeskriminalamt die Mobilfunkdaten Tausender Demonstranten und Dresdner erfasst und ausgewertet. Unter den Betroffenen waren auch Politiker, Kirchenvertreter und Journalisten.

Die Staatsanwaltschaft Dresden informiert die Betroffenen bisher nur dann, wenn sich diese an die Behörde wenden. Sie benachrichtigt nach eigenen Angaben nur die Personen, die ein berechtigtes Interesse bekundet hätten. Die Beantwortung der Anfragen sei auf ein Jahr verlängert worden. Stichtag sei der 23. Februar 2012.

Pro und Contra bei Anhörung im Bundestag

Mit der Massenabfrage von Handydaten beschäftigte sich am Mittwoch auch der Rechtsausschuss des Bundestags. In der öffentlichen Anhörung wurden Gesetzentwürfe der Linken und Grünen diskutiert. Die Linke will die sogenannte Funkzellenabfrage abschaffen. Die Abfrage greift ihrer Ansicht nach massiv in die Grundrechte ein, insbesondere in das Fernmeldegeheimnis. Die Grünen wollen die Datensammlung einschränken. Sie monieren, dass derzeit erhebliche Grundrechtseingriffe nur unzureichend begrenzt werden könnten. Nach dem Willen der Grünen soll ein Richter künftig seine Erlaubnis für eine Funkzellenabfrage detailliert begründen. Auch soll die Datenabfrage erst beim Verdacht auf schwerere Straftaten möglich sein.

Bei der Anhörung wiesen Staatsanwälte die Vorschläge zurück. Datenschützer und Anwälte dagegen plädierten für eine Änderung oder eine Abschaffung der Funkzellenabfrage.

Nächste Massenabfrage droht

In wenigen Tagen stehen in Dresden erneut Demonstrationen aus Anlass der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg an. Neonazis haben für den 13. Februar

einen Aufmarsch angemeldet. Mehrere Gegendemonstrationen sind angekündigt. Auch für den 18. Februar sind Aktionen geplant. Das sächsische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft schließen nicht aus, dass es in diesem Zeitraum wieder eine Funkzellenabfrage geben wird.

Zuletzt aktualisiert: 08. Februar 2012, 17:04 Uhr

http://www.mdr.de/sachsen/funkzellenabfrage102_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Dresden setzt Signal gegen Rechtsextremismus und Gewalt – Nachrichten MDR 1 Radio Sachsen

Dresden - Die Stadt will im Gedenken an ihre Bombardierung im Zweiten Weltkrieg sichtbare Signale gegen Gewalt und Rechtsextremismus setzen. Das kündigte der Sprecher der Dresdner Arbeitsgruppe 13. Februar, Frank Richter, an. Demnach sollen am 13. Februar Tausende eine Menschenkette um die Innenstadt bilden. Dresdens amtierender Oberbürgermeister Dirk Hilbert kündigte für den 18. Februar eine Veranstaltung auf dem Schlossplatz an. Dabei solle sich ein breites gesellschaftliches Bündnis zu Mut, Respekt und Toleranz bekennen. - Bei alliierten Luftangriffen auf Dresden waren im Februar 1945 bis zu 25.000 Menschen ums Leben gekommen.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor1>

Blockaden gegen Rechts: Staatsanwaltschaft will gegen Grünen-Politikerin ermitteln

Die Staatsanwaltschaft Dresden will die Immunität der Grünen-Landtagsabgeordneten Eva Jähnigen aufheben lassen. Jähnigen sagte am Dienstagabend dem MDR, ihr werde vorgeworfen, an der Blockade des Aufmarsches von Neonazis am 19. Februar 2011 teilgenommen und somit eine angemeldete Versammlung gestört zu haben.

Jähnigen selbst gibt sich allerdings gelassen. Dem MDR sagte sie, sie habe keineswegs an den Blockaden teilgenommen. Vielmehr sei sie als Mitglied der von Politikern und Juristen gegründeten Arbeitsgruppe "Polizeibeobachtung" an verschiedenen Orten in Dresden unterwegs gewesen. In diesem Zusammenhang habe sie die Polizeieinsätze beobachtet und einen Bericht abgeliefert. Dieser sei sehr kritisch ausgefallen.

Jähnigen wäre erste Grüne ohne Immunität

Jähnigen wäre die erste Abgeordnete der Grünen, der die Aufhebung der Immunität im Zuge der Ermittlungen gegen Blockierer droht. Bisher ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden ausschließlich gegen Politiker der Linken, die 2010 oder 2011 rechte Aufmärsche in Dresden blockiert hatten. So hatte der Hauptausschuss des Hessischen Landtages am 18. Januar entschieden, die Immunität der Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und Janine Wissler aufzuheben. Zur gleichen Zeit stellte die Staatsanwaltschaft einen Antrag bei Bundestagspräsident Norbert Lammert, gegen die Linke-Bundestagsabgeordnete Caren Lay aus Sachsen ermitteln zu dürfen. Bereits im Oktober 2011 verlor der Fraktionschef der sächsischen Linke, André Hahn, seine Immunität. Er erhielt inzwischen einen Strafbefehl über 3.000 Euro. Hahn legte Widerspruch ein und will es zum Prozess

kommen lassen. Auch im Thüringer Landtag wurde im Oktober 2011 dem Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow die Immunität entzogen.

Zuletzt aktualisiert: 08. Februar 2012, 11:55 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/jaehnigen-immunitaet100.html>

Radio Dresden

Sperrungen für den 13. Februar stehen fest

Vor allem die Wilsdruffer Vorstadt ist am kommenden Montag von umfangreichen Demonstrationen betroffen. Die meisten Absperrungen gibt es nach ersten Polizeiangaben zwischen Wiener Straße und Schweriner Straße. Anwohner müssen sich auf erhebliche Einschränkungen einstellen.

Weitere Sperrungen sind dann ab Nachmittag im Dresdner Innstadtbereich geplant. Teilnehmer der Menschenkette sollten deshalb mehr Zeit für den Anfahrtsweg einplanen. Zwischen 18.00 und 18.15 Uhr kommt der Verkehr durch die Veranstaltung kurzzeitig komplett zum Erliegen.

Unterdessen hat die Stadt heute eine Facebook-Kampagne zum 13. und 18. Februar gestartet. Die Idee einer virtuellen Menschenkette soll vor allem junge Leute ansprechen.

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalmeldungen/sperrungen-fuer-den-13-februar-stehen-fest-512789/>

13. Februar: Polizei schaltet Kontakttelefon

Der 13. Februar sorgt auch in diesem Jahr für Verkehrsbehinderungen in Dresden. Laut einem Polizeisprecher werden schon einige Tage vorher Parkplätze, zum Beispiel an der Schießgasse gesperrt. Auch rund um den Hauptbahnhof kann es bereits am Sonntag zu Behinderungen kommen. Am nächsten Tag wird unter anderem die Bayrische Straße gesperrt. Für den 13. Februar ist bisher ein großer Neonazi-Aufmarsch angemeldet. Außerdem gibt es zahlreiche Protest- und Gedenkaktionen. Auch die Menschenkette wird sich am Abend wieder schließen. Ab heute können sich die Dresdner über ein Kontakttelefon und eine Mailadresse bei der Polizei informieren.

Kontakttelefon: (0351) 483-3000

Mailadresse: 13.februar@polizei.sachsen.de

Das Kontakttelefon ist zu folgenden Zeiten besetzt:

8. Februar bis 12. Februar 10 Uhr bis 18 Uhr

13. Februar: 8 Uhr bis 20 Uhr

15. Februar bis 17. Februar 10 Uhr bis 18 Uhr

18. Februar 8 Uhr bis 20 Uhr

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalmeldungen/13-februar-polizei-schaltet-kontakttelefon-512650/>

Radio PSR

Ermittlungen gegen Grüne Jähnigen in Dresden

08.02.2012, 04:51 Uhr

Ganz Sachsen zeigt Flagge gegen Rechts - gleichzeitig ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft aber weiter gegen Politiker, die an Blockadeaktionen teilgenommen haben sollen. Sie will jetzt die Immunität der sächsischen Grünen-Abgeordneten Eva Jähnigen aufheben lassen, weil sie letzten Februar bei einer Blockade gegen einen Neonazi-Aufmarsch mitgemacht haben soll. Jähnigen bestreitet das. Sie ist die erste Grünenpolitikerin, die die Staatsanwaltschaft Dresden im Visier hat. Bislang wurde ausschließlich gegen Politiker der Linken ermittelt.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2746836/Ermittlungen_gegen_Gruene_Jaehnigen_in_Dresden.html

Infotelefon zu 13. Februar in Dresden eingerichtet

08.02.2012, 04:48 Uhr

In Vorbereitung auf den 13. Februar in Dresden richtet die Polizei ab heute wieder ein Infotelefon ein. Wegen der zahlreichen Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen in der Stadt sind die Beamten mit mehreren tausend Beamten im Einsatz. Damit verbunden sind eine Reihe von Sperrungen und Verkehrseinschränkungen in der Innenstadt. Die Telefonnummer Dresden - 483 3000 ist bis zum 18. Februar geschaltet. Zudem können sich die Dresdner auch per E-Mail informieren.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2746832/Infotelefon_zu_13_Februar_in_Dresden_eingerichtet.html

Morgenpost, Ausgabe Dresden

13. Februar: Dresden zeigt Flagge gegen die braune Brut

Dresden macht mobil gegen rechts. Ab sofort dürfen stadteigene Fahrzeuge, DREWAG und DVB mit insgesamt über 1700 Demo-Aufklebern durch die Stadt, die Gläserne Manufaktur beteiligt sich mit einem Großplakat und auch die Kirchen rufen geschlossen zu Protesten auf.

Die Antirechts-Aufkleber prangen auf Splittfahrzeugen, Bussen, Bahnen, Kehrmaschinen, und Baggern von DREWAG, DVB, Stadtentwässerung und Stadtreinigung. Mit einem 16 Meter hohen Plakat will auch die Gläserne Manufaktur ein Zeichen setzen. „Vielfalt und Toleranz gehören zu unserem Unternehmen“, so Sprecher Hans-Joachim Rothenpieler.

Der Diözesanrat des Bistums Dresden-Meißen hat jetzt auch alle katholischen Gemeinden zum Widerstand gegen rechts aufgerufen. „Den christlichen Gemeinden empfehlen wir, Mahnwachen im öffentlichen Raum vor den Kirchen durchzuführen und diese bei der Polizei anzumelden“, so der Vorsitzende Nikolaus Legutke.

In der Frage von Blockaden sei die Meinung im Rat verschieden, so Legutke weiter, der Gewissensfreiheit und zivilen Ungehorsam als wichtiges Gut der Gesellschaft sieht. Die Kriminalisierung von Blockierern hält er für überzogen.

Gestern tagte ebenfalls die AG 13. Februar um Moderator Frak Richter: Heute sollen abschließende Ergebnisse vorgestellt werden. Geplant ist eine Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof (ohne Kranzniederlegung. Dafür aber mit weißen Rosen) und eine Menschenkette rund um die Altstadt. Vor der Frauenkirche können Kerzen platziert werden. **DiHe**
